

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (in Haus 2 RM, halbjährlich 10 RM, jährlich 20 RM) durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Vertriebsstelle: Expedition: Güterbahnhof 2 / Fernsprecher 17 256 / Postfachnummer Dresden Nr. 15 693. Dresdener Verlagsgesellschaft: Schillerstraße, Dresden-2. Güterbahnhof 2 / Fernsprecher Amt Dresden Nr. 17 256 / Drahtloshilfsarbeiter: Bismarckstraße 1 / Dresdener Postamt Dresden-2. 4. Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuzeit gepaltene Nonoparallelepiped oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. Für Neuanzeigen an den dreifachsten Teil einer Tageszeitung 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstraße 2. Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Preiskategorie kein Anbruch auf Vorkauf der Zeitung oder auf Auslieferung des Bezugsgebietes

3. Jahrgang

Montag, den 10. Oktober 1927

Nummer 237

Großer Wahlerfolg der KPD

Gewaltige Stimmenzunahme bei den Hamburger und Königsberger Wahlen / Faschistenüberfall in Wittenberg

Der Vormarsch in Hamburg

Hamburg, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht)

Die gestern in Hamburg stattgefundenen Bürgerstimmwahlen endeten mit einem großen Erfolg für die Kommunisten, die in Hamburg die zweitstärkste Partei geworden sind. Nach dem bisherigen amtlichen Ergebnis haben erhalten:

Kommunisten	111 294 (78 522)
SPD	249 233 (173 358)
Volkspartei	72 127 (74 834)
Demokraten	68 457 (70 622)
Deutschnationale	97 512 (90 628)
Zentrum	9 784 (8 503)
Nationalsozialisten	9 881 (13 495)
Mittelstand	27 194 (6 622)
Aufwertung	7 739

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Wahlergebnis der Bürgerstimmwahl vom 26. Oktober 1924. Bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 erhielten: Kommunisten 90 249, Sozialdemokraten 203 431, Volkspartei 83 059, Demokraten 78 923, Deutschnationale 130 510, Zentrum 10 913, Nationalsozialisten 14 479. Ein Vergleich mit den Stimmerngebnissen früherer Wahlen zeigt ein gewaltiges Anwachsen der kommunistischen Stimmen, die gegenüber der Bürgerstimmwahl von 1924 allein fast 50 Prozent Stimmen gewonnen hat. Auch die Sozialdemokraten vermochten ihre Stimmenzahl noch auf Kosten der bürgerlichen Parteien zu steigern. Die Bürgerblockparteien und die Demokraten haben teilweise einen starken Stimmenrückgang erlitten.

Die Mandate verteilen sich wie folgt: KPD 28 (24), SPD 61 (55), Demokraten 16 (21), Zentrum 2 (3), Volkspartei 18 (20), Deutschnationale 21 (26), Nationalsozialisten 2 (4), Mittelstandspartei 7 (?), Aufwertungspartei 2 (2). Die KPD und SPD haben zusammen eine Mehrheit von 89 Stimmen gegenüber 71 Mandaten der bürgerlichen Parteien. Die KPD wird der Sozialdemokratischen Partei vorschlagen, diese Mehrheit parlamentarisch und außerparlamentarisch zur Durchsetzung der Forderungen der Werktätigen auszunutzen. Der Vormarsch, der am Sonnabend auf die Hamburger Wahlen hinweist, sagte, daß es sehr leicht möglich sei, daß sich die Mehrheitsverhältnisse dermaßen verschieben würden, daß Sozialdemokraten und Demokraten, die bisher zusammen über 78 Sitze verfügten, von den 160 Sitzen die Mehrzahl bekommen könnten. Ganz offen ließ also das sozialdemokratische Zentralorgan erkennen, daß die SPD-Führer in Hamburg, auch wenn es eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit geben würde, die SPD auf alle Fälle eine neue Koalitionsregierung eingehen würde. Diesem Ver-

halten entspricht auch der ganze Wahlkampf, in dem die KPD ihre bisherigen Koalitionsgenossen, Demokraten und Volkspartei, schonte, und mit den gemeinsten Mitteln die Kommunisten bekämpfte. So wurde von den sozialdemokratischen Senatoren mit dem stärksten Terror im Wahlkampf gegen die Kommunisten vorgegangen. Versammlungen und Demonstrationen wurden verboten, ja, die KPD-Führung schreckte nicht einmal davor zurück, durch ein von der Betriebsrätezentrale der SPD, an deren Spitze Ehrenleit und Veitertich stehen, herausgegebenes, gefälschtes Flugblatt einen Schmutztübel der Verleumdung über die kommunistische Partei auszugeben. Das Flugblatt, das von Ehrenleit verfaßt wurde, benutzte das ultralinke Gruppen- und Verwirrung in die Arbeitermassen zu tragen. Den sozialdemokratischen Führern ist es in Hamburg trotz alledem nicht gelungen, den Kommunisten eine Niederlage zu bereiten. Sie erlebten einen schmachvollen Keinsfall. Die Partei konnte gegenüber den letzten Wahlen rund 32 000 Stimmen mehr auf ihre Liste vereinigen. Werden die sozialdemokratischen Zeitungen, die jetzt mit dem Uebertritt von 4 Stadtverordneten in Fürth Geschäfte zu machen versuchen, noch immer wagen, von dem Zusammenbruch der KPD zu schwätzen? Die Wahlen in Hamburg haben ihnen und den SPD-Arbeitern gezeigt: die KPD marschiert und sammelt immer größere Massen der Arbeiter unter ihrer Fahne. Die verhältnismäßig größere Zunahme der kommunistischen Stimmen beweist, daß die Arbeiter in steigendem Maße ihr Vertrauen den Kommunisten geben, trotz aller Hetze und Verlogenheit der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront, die nirgends offener zutage trat, als bei den Hamburger Wahlen.

Die bürgerliche Presse stellt heute morgen den starken Stimmenzuwachs der Kommunisten fest und behauptet, daß in Hamburg Kommunisten und Sozialdemokraten dem Bürgertum gegenüber eine starke Mehrheit gewonnen haben.

Die Wahlen in Königsberg

Königsberg, 10. Okt. (Eig. Drahtbericht)

Bei den gestern stattgefundenen Wahlen zum Königsberger Stadtparlament erzielte die KPD einen guten Wahlerfolg. Sie konnte ihre Stimmen von 23 220 bei der Reichstagswahl am 7. Dez. 1924 auf 25 958 steigern. Die SPD, die am 7. Dez. 1924 insgesamt 27 956 Stimmen auf sich vereinigte, ging auf 25 899 zurück. Das Ergebnis ist noch ein vorläufiges, doch dürfte sich an den Endziffern nicht mehr viel ändern. Kommunisten und Sozialdemokraten werden mit je 15 Mandaten im Stadtparlament vertreten sein.

Der polnisch-litauische Konflikt

Polnische Rüstungen

Warschau, 9. Oktober.

Wie die polnische Ostagentur meldet, haben sich in Wilna die polnischen Militärorganisationen des Generals Haller und des Generals Dombor, sowie die Legionäre und die Reserveoffiziere zusammengeschlossen.

Das WTB meldet aus Warschau, daß am Freitag in Litauen die Mobilisierung der Litauer Freischützer begonnen hätte. Die sich meldenden Mitglieder erhielten Waffen. Es würden Kompanien und Bataillone gebildet, die an die polnische Grenze entsandt würden, wo sie die litauische Grenzpolizei in ihrem Dienst unterstützen.

Grenzankommenfälle

Warschau, 9. Okt. Wie die polnische Ostagentur meldet, sind an der litauisch-polnischen Grenze gestern Abend und in der vergangenen Nacht von litauischer Seite Schüsse gegen die polnischen Grenzschutztruppen abgegeben worden. Verletzt wurde niemand.

Affentatpläne auf Smetona?

Nach Meldungen deren Festlegung noch abzuwarten ist, soll die litauische Polizei in Romno im letzten Augenblick einen gegen den Staatspräsidenten Smetona gerichteten Attentatsplan aufgedeckt haben. Die Ausführung des Attentats sollte

angekündigt während der Einweihungsfeier eines Regimentsbataillons an der Smetona teilnehmen sollte, stattfinden. Unter den Klubmitgliedern des Regiments wurde eine Jüdischkeit entdeckt, die mit einer starken Sprengladung in Verbindung stand. In Romno wurde eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen. Die Pressezensur verhindert die Verbreitung authentischer Nachrichten.

Masserdt droht mit Belagerungszustand

Prag, 10. Oktober. (Eig. Drahtmeldung)

Die Bohemia teilt mit, daß die tschechoslowakische Regierung im Falle eines Streiks der Eisenbahnen, den sie als „unzulässig“ und „unzulässig“ anerkennen werde, um zwangsweise den Verkehr in vollem Umfange aufrechtzuerhalten.

Die Eisenbahner planen, nach Ablauf des Ultimatums in den Streik zu treten, falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Der mexikanische Putz

TU. Paris, 10. Oktober.

Wie die Chicago Tribune aus Mexiko meldet, hat General Gomez bei Perote die Regierungstruppen geschlagen und 300 Mann gefangen genommen. Angeführt dieses Sieges fürchtet man eine gefährliche „Revolution der Quitschbewegung“, um so mehr, als auch der Stamm der Quitsch-Indianer, der wieder das Kriegsgelände ausgegraben hat, die Bundesstruppen anzugreifen droht. Man glaubt, daß der frühere Präsident Huerta, der sich augenblicklich in Los Angeles im Exil befindet, einen starken Anteil an der Leitung der Aufstandsbewegung hat. Er soll zwar nicht nach Mexiko zurückkehren, aber seine Anhänger ermächtigt haben, sich mit den Rebellen des Generals Gomez zu verbinden.

Der preußische Dolchstoß in der Schulfrage

Von Peter Maslowitz.

Es liegen nunmehr die Anträge des preussischen Staatsministeriums zu dem Reichsschulgesetzentwurf gedruckt vor, und man kann jetzt Schwarz auf Weiß nachprüfen, wie es mit jenen „Verbesserungen“ bestellt ist, die angeblich von der preussischen Koalitionsregierung vorge schlagen worden sind.

Die Germania, das Zentralorgan der Zentrumsparlei, war sofort bei Bekanntwerden der preussischen Anträge in der Lage, zu erklären, an den Grundzügen des Reichsschulgesetzentwurfes ändere sich nichts. Und in der Tat, die Germania hat recht. Es bleibt noch den Anträgen des preussischen Staatsministeriums bei der bekannten Zerstückelung der Schulen nach Bekenntnis-, Gemeinschafts- und bekenntnisfreien Schulen. Es bleibt bei der geistlichen Schulaufsicht, indem der Abänderungsvorschlag fast wörtlich die dementsprechende Stelle aus dem Reichsschulgesetz wiederholt. Es bleibt bei der weitgehenden Konfessionsalisierung dadurch, daß auch nach den Abänderungsvorschlägen der Preußenregierung die Religionsgemeinschaften weitgehenden Einfluß auf den Stundenplan haben sollen und alle Lehrbücher in den konfessionellen Schulen, die, wohl gemerkt, 99 Prozent aller Schulen betragen sollen, im Geiste der betreffenden Konfession verfaßt sein müssen. Kurzum, es ist grundsätzlich kein Unterschied zwischen dem Reichsschulgesetzentwurf und den preussischen Anträgen.

Aus in einem Fall tun die preussischen Anträge so, als ob sie ein klein wenig von der konfessionellen Regelschule des Reichsschulgesetzentwurfes zugunsten von Gemeinschaftsschulen abweichen wollten. Es heißt, daß die jetzt bestehenden konfessionellen Volksschulen Gemeinschaftsschulen werden sollen, „wenn nicht innerhalb drei Monaten ein Drittel der Erziehungsberechtigten der die Schule besuchenden Kinder die Beibehaltung der bestehenden Schulform verlangt haben“. Da laßt nach den Bestimmungen des Reichsschulgesetzentwurfes nur zwei Drittel der Elternschaft eine bestimmte Schulform durchsetzen können, so ist diese Bestimmung, die scheinbar gewisse Zugeständnisse an die Gemeinschaftsschule macht, in Wirklichkeit eine Bevorzugung der konfessionellen Schule, denn diese kann eben schon von einem Drittel der Erziehungsberechtigten erreicht werden. Es wird wohl kaum eine konfessionelle Schule geben, in der nicht die Mehrheit ein Drittel der Eltern hinter sich haben wird.

Den wahren Geist der Preußenanträge wird man aber erst dann voll begreifen, wenn man sich die sehr umfangreiche Begründung zu den Anträgen näher ansieht. Diese Begründung ist wirklich ein Musterwerk jüdischer Spitzfindigkeit. Unter ständiger heuchlerischer Erklärung, man wolle ja nur die Demokratie und die Gleichberechtigung aller, wird in der einseitigen Form alles zugunsten der Konfessionsschule ausgelegt. Darüber braucht sich nun keiner zu wundern, der weiß, wer der Verfasser dieser Begründung ist, nämlich der bekannte Kulturreaktionäre und Zentrumsmann Dr. Lammer, dem der Sozialdemokrat Braun als Ministerpräsident gegengezeichnet.

Die preussischen Vorschläge bringen, das macht die Begründung besonders klar, nicht nur keine Verbesserungen, sondern wollen durch gewisse Bestimmungen noch größere Vorteile für die Kirche heraus schlagen, als es auf Grund des ziemlich verworrenen Wortlautes des Reichsschulgesetzentwurfes möglich ist. So macht sich der Jesuit Lammer an die Erklärung des Reichsentwurfes und erklärt feste draußlos zugunsten der Kirche. Er knüpft sich dazu naturgemäß die weltliche Schule vor. „ohne weltanschauliche Bindung“ in den konfessionellen Schulen unterrichtet werden soll, für jeden denkenden Menschen ein Widerspruch, wird „für klar und zureichend formuliert“ erklärt. Dann hat es Herr Lammer der Satz „Religionsunterricht wird nicht erteilt“ angetan. Er meint, „dieser Satz ist mißverständlich“, und fährt fort, das heißt doch nicht etwa, daß Religionsunterricht in der bekenntnisfreien Schule nicht erteilt werden darf, sondern nur, daß Religionsunterricht nicht ordentliches Lehrfach sei. Flugs wird das Postiv umgedreht und auch für die nach dem Reichsentwurf sogenannten weltlichen Schulen die Zulassung privaten Religionsunterrichts gefordert. Und richtig haben die Abänderungsvorschläge der Preußenregierung diesen Gedanken, in die noch nicht ein Prozent betragenden weltlichen Schulen hinterherum Religionsunterricht doch einzuschmuggeln, aufgegriffen, und wollen in diesem Sinne den Reichsschulgesetzentwurf „verbessern“.

Hier ist die Stelle, wo man den Klassencharakter der Schulbestimmung sowohl des Regierungsentwurfes als der preussischen Anträge am besten aufzeigen kann. Immer müssen wir uns nämlich vor Augen halten, daß in allen diesen Bestimmungen nicht ein einziges Wort gesagt wird zu den höheren Schulen, sondern einzig und allein zu den Volksschulen. Die höheren Schulen bleiben nach wie vor auf der Grundschulstufe. Nur dem Volke soll die Religion erhalten bleiben.